

# SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/33

16. Februar 1977

Ein Mann in der Mitte der politischen Arena

-----  
Der Ministerpräsident von NRW, Heinz Kühn, wird am  
18. Februar 65 Jahre alt

Von Hans Koschnick  
Stellv. Vorsitzender der SPD

Seite 1 und 2 / 77 Zeilen

Wohngeldreform verbessert soziale Sicherheit

-----  
Gerechtere Verteilung der Mittel durch gezielte Anpassung

Von Karl Ravens  
Bundeminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Seite 3 und 4 / 50 Zeilen

Bundestagspräsident gegen Radikalenpraxis

-----  
Carstens sollte seine mutigen Worte von 1953 wiederholen

Von Dr. Rudolf Schöfberger MdB  
Mitglied im Rechtsausschuß des Bundestages

Seite 5 und 6 / 56 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Schmidt

Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12  
Postfach: 129 409  
Pressehaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 21 90 3838  
Telex: 08 86 946-48 pbbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
Kölnener Straße 106-112, Telefon: 37 8811  
5300 Bonn-Bad Godesberg

### Ein Mann in der Mitte der politischen Arena

Der Ministerpräsident von NRW, Heinz Kühn, wird am 16. Februar 65 Jahre alt

Von Hans Koschnick  
Stellv. Vorsitzender der SPD

Auf die Frage, was ihm absolut zuwider sei, hat Heinz Kühn einmal geantwortet: "Stockfisch zum Essen und jede Form der Unaufrichtigkeit unter Menachen."

Wir sollten ihm daher beides auch bei der Gratulation zu seinem 65. Geburtstag ersparen. Aber wir Sozialdemokraten fühlen uns zu Recht verpflichtet, Heinz Kühns Lebenswerk aus diesem Anlaß zu würdigen; eines Mannes, der von seiner frühesten Jugend an ohne Zaudern auch in schwierigsten Situationen zu dieser Partei stand, sich in ihr politisch verwirklicht und für sie Großes geleistet hat.

Am Beginn seiner politischen Aktivitäten in den letzten Jahren der Weimarer Republik stand Heinz Kühn, wie viele junge Sozialdemokraten, für bewußt kämpferische Positionen zur Sicherung von Freiheit, Demokratie und Sozialismus. Noch heute erzählt er gerne, wie er, der auf eine konsequente Reaktion der Partei- und Gewerkschaftsführung auf den Staatsstreich Papens gegen die preußische Regierung gehofft hatte, im ersten Zorn über die zögernde, ja lendenlahme Haltung der Führung sein Partei- und Reichsbannermitgliedsbuch hinknallte und dann doch nicht aufgab. Schon im Jahre 1933 sah er sich zur Emigration gezwungen. Dort hat er sich dann nicht in sicherer Entfernung vom Geschehen gehalten, sondern mit persönlichen Risiken den weiteren Kampf gegen den Nationalsozialismus nicht gescheut. Wiederholt ist er als Kurier ins Reichsgebiet zurückgekehrt - eine gefährvolle Tätigkeit, die viele Gegner des NS-Systems in die Kerker der Gestapo brachte. Auch konnte Heinz Kühn den Ausgang des Krieges nicht aus sicherer Entfernung in einem neutralen Land abwarten, denn er wurde in seiner belgischen Zuflucht vom Ausbruch des Krieges überrascht und lebte bis 1945 dort unter deutscher Besatzung, mit falschem Namen, von Freunden versteckt, in permanenter Bedrohung durch die Schergen eines verhaßten Regimes.

Nach dem Ende des Krieges, zurückgekehrt in seine Heimatstadt Köln, fand er sein erstes Wirkungsfeld bei der neugegründeten "Rheinischen Zeitung", die er von 1949 - 1960 als Chefredakteur leitete. Aber diese journalistische Tätigkeit allein füllte ihn nicht aus. Nach Anfängen im nordrhein-westfälischen Landtag wurde er schon 1953 in den Bundestag gewählt. Er hat sich dann völlig auf eine bundespolitische Aufgabe eingestellt, mit einer deutlichen Präferenz für Außen- und Kulturpolitik. 1962 hatte er es zum Vorsitzenden der Sozialistischen Fraktion in der Versammlung des Europarates, wie auch in der Westeuropäischen Union gebracht und war Vorsitzender des Bundestageausschusses für die deutsche Kulturpolitik im Ausland. Aber es sollte alles ganz anders kommen: In einer schwierigen Situation wurde Heinz Kühn von seinen Parteifreunden zurück in die Landespolitik ge-

rufen und mußte ganz kurzfristig die Aufgabe des SPD-Spitzenkandidaten in der Landtagswahl übernehmen.

Im zweiten Anlauf hat er es dann geschafft: 1966 gewann die SPD in der nordrhein-westfälischen Landtagswahl 49,5 Prozent der Stimmen, und das Bündnis zwischen CDU und FDP hielt nur noch für ein knappes halbes Jahr. Heinz Kühn wurde Ministerpräsident einer Regierung, deren Zusammensetzung er sich anders vorgestellt hatte. In Verhandlungen mit dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Wilhelm Lenz war man sich in den Grundzügen über eine Große Koalition nach Bonner Muster einig geworden. Die SPD-Landtagsfraktion jedoch, unter dem Eindruck massiver Proteste aus der Parteiorganisation, verweigerte sich, und so entstand gegen die Intentionen beider Partner eine Koalition zwischen Sozial- und Freien Demokraten. Es ist eines der großen Verdienste von Heinz Kühn, daß aus dieser Not- und Zweckgemeinschaft schon in kurzer Zeit ein stabiles, auf persönliches und politisches Vertrauen gegründetes Bündnis wurde, das über die Landesgrenzen und die Landespolitik hinaus ausstrahlte. Seinen größten landespolitischen Erfolg muß man darin sehen, daß es ihm in enger Zusammenarbeit mit der Bundesregierung gelang, die Kohlekrise an der Ruhr zu überwinden, um diesem Herzland der deutschen Sozialdemokratie wieder eine wirtschaftliche Perspektive zu geben. Dank des Wahlerfolges in der Landtagswahl 1975, der von Heinz Kühn unter schwierigen Bedingungen mit ganzem Einsatz erkämpft wurde, konnte die sozialliberale Koalition in Düsseldorf in diesem Jahr auf ihr zehnjähriges Bestehen zurückblicken.

Heinz Kühn war immer ein gutes Beispiel dafür, daß es in der Politik nicht allein darum gehen kann, gute Konzeptionen zu heben, sondern daß es darauf ankommt, im Gespräch, in der Rede andere davon zu überzeugen. So war er immer auch ein Mann der Rede, der brillanten Formulierung. Viele fallen einem ein, wenn man an ihn denkt. Etwa die über die Große Koalition, die "von beiden Parteien halbherzig und widerstrebend auf möglichst kurze Zeit" geschlossen worden sei, "wie eine illegitime politische Liebesbeziehung im Hausflur der Geschichte".

Für einen Mann, der auf ein so aktives Leben zurückblicken kann, der gleichzeitig neben der Politik so viele andere Interessen hat, liegt die Versuchung nahe, sich zurückzuziehen. Wir Sozialdemokraten hoffen, daß uns Heinz Kühn noch lange mit seiner Bereitschaft zum politischen Tun zur Verfügung steht, daß er noch lange zu einem Wort steht, das er 1975 gesagt hat: "Wer mich kennt, weiß, daß ich nicht mit meiner Überzeugung an der Wand entlangschleiche, sondern die Mitte der Arena suche, da wo es heiß hergeht." Wir Sozialdemokraten wünschen Heinz Kühn noch viele Jahre des Engagements.

(-/16.2.1977/va/ben)

+ + +

## Wohngeldreform verbessert soziale Sicherheit

Gerechtere Verteilung der Mittel durch gezielte Anpassung

Von Karl Ravens

Bundeminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Die heute vom Bundeskabinett gebilligte Wohngeldnovelle, mit der vor allem das bestehende System verbessert und vorhandene Ungerechtigkeiten beseitigt werden, ist ein weiterer wichtiger Schritt im Rahmen einer kontinuierlichen Politik des sozialen Ausgleichs. In den nächsten Monaten werden der Bundesrat und der Deutsche Bundestag die Gesetzesvorlage beraten und voraussichtlich noch vor der Sommerpause verabschieden, so daß die geplanten Verbesserungen nach einer verwaltungstechnisch notwendigen Frist am 1. Januar 1978 in Kraft treten können. Entsprechend den durch das Wohngeld- und Mietenbericht 1975 gelieferten Erkenntnissen wird die Wohngeldnovelle folgende wichtige Änderungen bringen:

- Erhöhung der für die Berechnung des Wohngeldes maßgebenden Einkommensgrenzen um durchschnittlich mehr als 30 Prozent;
- Erhöhung der berücksichtigungsfähigen Miethöchstbeträge um durchschnittlich 30 Prozent mit einer Obergrenze von 6,60 DM je Quadratmeter;
- Neuregelung des pauschalen Abzugs bei der Ermittlung des Familieneinkommens und stärkere Differenzierung bei der Sonderregelung für Schwerbehinderte.

Die Bundesregierung hat mit Rücksicht auf die bereits angedeuteten Verzerrungen im gegenwärtigen Wohngeldsystem von einer linearen Erhöhung der Wohngeldleistungen abgesehen. Stattdessen wurde eine Anpassung ganz gezielt dort vorgenommen, wo die zugemuteten Belastungen für die Wohngeldberechtig-

ten besonders hoch waren. Mit der nun vorgelegten Neuregelung wird künftig eine sozial gerechtere Verteilung der Wohngeldmittel möglich sein. Mehr noch als bisher wird die Wohngeldförderung jetzt ihre Aufgabe als wichtiges wohnungspolitisches Instrument erfüllen können. Die mit der Wohngeldnovellierung verbundenen Mehraufwendungen für Bund und Länder werden im ersten Jahr der vollen Wirksamkeit des Gesetzes rund 700 Millionen DM betragen. Neben einer verbesserten Förderung für die Mehrzahl der Wohngeldempfänger wird durch die Erhöhung der Einkommensgrenzen zusätzlich eine große Zahl von Haushalten in den Genuß der Wohngeldförderung kommen.

Im einzelnen kommen die Mehraufwendungen etwa zu 70 Prozent den Nichterwerbstätigen, das sind vor allem Rentner, zugute. Für sie steigen die Wohngeldleistungen im Einzelfall im Durchschnitt um 20 bis 25 DM im Monat. Die Zahl der erwerbstätigen Wohngeldempfänger, die durch die geltende Regelung gegenüber den Nichterwerbstätigen stark benachteiligt sind, wird sich durch die Reform nahezu verdoppeln. Sie erhalten bei unveränderter Einkommens- und Miethöhe durchschnittlich um 60 bis 65 DM mehr Wohngeld im Monat. Die unterschiedliche Erhöhung der Wohngeldleistungen ist auf die differenzierte Gestaltung des bei der Ermittlung des Familieneinkommens zugrunde gelegten Freibetrages zurückzuführen. Vorgesehen ist ein Freibetrag von 15 Prozent für alle Wohngeldempfänger, der bei Zahlung von Versicherungsbeiträgen oder Steuern auf 22,5 Prozent und bei Zahlung von beidem auf 30 Prozent steigt.

Trotz der unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten angestrebten Strukturverbesserung ist aber bei der Systemumstellung darauf geachtet worden, daß niemand schlechter gestellt wird. Das heißt, auch die Rentnerhaushalte werden durch die strukturellen Änderungen nicht weniger Wohngeld bekommen, weil die allgemeine Verbesserung der Wohngeldleistungen in der Regel weit größer ist.

(-/16.2.1977/vc/lo)

+ + +

Bundestagspräsident gegen Radikalenpraxis

Carstens sollte seine mutigen Worte von 1953 wiederholen

Von Dr. Rudolf Schöffberger MdB  
Mitglied im Rechtsausschuß des Bundestages

Niemand hätte gedacht, daß sich der frühere Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Fraktion und heutige Bundestagspräsident, Professor Carstens, so energisch gegen die gesinnungsgegnärrliche Radikalenpraxis ausspricht. Er hat dies bereits 1953 getan, und zwar in seiner Habilitationsschrift "Grundgedanken der amerikanischen Verfassung und ihre Verwirklichung".

Dort heißt es auf Seite 231 ff wörtlich:

"Ebenso wie der Bund haben die meisten Einzelstaaten und Gemeinden Maßnahmen gegen die Kommunisten ergriffen. Schließlich sind unter dem Einfluß einer entschiedenen öffentlichen Meinung zahlreiche private Unternehmungen gegen ihre Arbeiter und Angestellten vorgegangen. Wer in dem Verdacht stand, mit dem Kommunismus zu sympathisieren, wurde entlassen.

Bei den vorstehend genannten öffentlichen und privaten Maßnahmen gegen den Kommunismus hat sich die Gefahr von zwei schweren Nachteilen ergeben.

Einmal können Personen betroffen werden, gegen die der bloße unbewiesene Verdacht besteht, daß sie Kommunisten sind. Die Rechtsschutzgarantien der Verdächtigten sind gegenüber einigen Maßnahmen schwach. Zum anderen besteht die Möglichkeit, daß eine liberale geistige Einstellung oder die Tatsache, daß ein Amerikaner in einer bestimmten politischen Frage eine von der herrschenden Meinung abweichende Auffassung vertritt, fälschlicherweise als Ausdruck einer kommunistischen Einstellung angesehen wird.

Viele Amerikaner wenden sich daher heute mit Entschiedenheit gegen ein Überhandnehmen der antikommunistischen Tendenzen. Es ist von

einer Hexenverfolgung gesprochen worden, die das öffentliche Leben vergifte und insbesondere die Arbeitsfreude der im öffentlichen Dienst stehenden Beamten lähme. Präsident Truman hat einige der vom Kongreß beschlossenen gesetzgeberischen Maßnahmen als eine Gefahr für die freiheitlichen Institutionen des Landes bezeichnet. Mitglieder des Obersten Gerichtshofes und andere führende Persönlichkeiten haben ihre tiefe Besorgnis und über die damit der Kommunistenbekämpfung verbundene Gefährdung der liberalen Tradition der USA offen ausgesprochen."

Und auf Seite 241 macht sich Professor Carstens die Meinung der hohen amerikanischen Richter Douglas und Black zu eigen, wenn er zitiert:

"Das Gesetz macht zwangsläufig aus unserem Schulsystem eine Spionageeinrichtung. Die Vorgesetzten werden zu Detektiven; Schüler, Eltern und die Allgemeinheit zu Denunzianten. Angst schleicht sich in die Klassen ein. Die Lehrerin gibt keine Anregung für kühnes Denken mehr, sie wird stattdessen eine Rohrleitung für sichere und gesunde Information. Dieses System führt zum standardisierten Denken und nicht zur Forschung nach Wahrheit."

Mit aller Eindringlichkeit schildert Professor Carstens anschließend die gefährlichen Praktiken der McCarthy-Zeit. Ja, damals war der Bekennermut des jungen Professors zollfrei. Und wer an der Universität Köln habilitierte, brauchte nicht Angst zu haben, in Amerika als Lokomotivführer entlassen zu werden.

Und heute? Wäre die in der Bundesrepublik eingerissene Praxis nicht Anlaß genug, die mutigen Worte von 1953 zu wiederholen und eine neue Lanze für die Liberalität zu brechen? Diesmal für die Liberalität im eigenen Vaterland? Als "führende Persönlichkeit" könnte der Bundestagspräsident aufmerksamer Zuhörer gewiß sein. Warum schweigt er? Hat er nur Sorge, daß ihn der große Weichensteller aus Kreuth entläßt - oder paßt auf ihn ganz achlicht das lateinische Sprichwort, das der Herr Professor sicher versteht: "Tempora mutantur et nos mutamur in illis!" (-/16.2.1977/vd/10)